



Bildungsausgrenzung durch Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger □

Schon kurz nach Bekanntgabe des Landtagswahl-Ergebnisses befürchteten zahlreiche Studierende, dass eine schwarz-gelbe Regierung erneut versuchen wird, Studierende zur Kasse zu bitten.

Vor fünfzehn Jahren protestierten tausende Menschen gegen Studiengebühren - mit Erfolg. Nun sollen diese ohne viel Lärm wieder eingeführt werden: zuerst über die Belastung von Nicht-EU-Studierenden. Danach wäre CDU/FDP voraussichtlich geneigt, die Regelung auf Langzeitstudierende auszudehnen bis am Ende die Studiengebühren für alle wieder gelten.

Noch im Wahlkampf erklärte Laschet (CDU), man müsse „diejenigen finanziell an der akademischen Ausbildung beteiligen, die später nachweislich mehr verdienen“. Gerade Hochschulabsolventen finden aber teilweise jahrelang keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt und bekommen mit Mühe befristete Arbeitsverträge, nach welchen sie weit hinter dem ihrer

Qualifikation entsprechenden Einkommen liegen und die sie nur ein paar Jahre später wieder in die Arbeitslosigkeit zurückbefördern.

"Wenn die 1.200 an der Universität Bielefeld und 250 an der Fachhochschule eingeschriebenen, nicht aus EU-Staaten stammende Studierende pro Semester einen Beitrag von 1.500 Euro erbringen müssen, zerstört die Landesregierung nicht nur die Bemühungen unserer Hochschulen, Internationalität und interkulturelles Gut zu fördern, sondern schafft auch eine Spaltung der Studierendenschaft", prognostiziert Friedrich Straetmanns, Bundestagskandidat der LINKEN.

"Bereits jetzt haben ausländische Studierende finanzielle Sorgen, da sie keinerlei Rechte auf Unterstützung haben. Diese wirtschaftliche Hürde würde Menschen aus Nicht-EU-Staaten aus NRW verdrängen und es zu einem Bundesland mit einem exklusiven Hochschulstandort für Studierende wohlhabender Eltern machen.

Eine solche Perspektive dürfen wir jungen Menschen nicht geben – zumal mit dem Ausstieg Großbritanniens die Mobilität von Studierenden ohnehin eingeschränkt und der internationale Zusammenhalt durch solche Maßnahmen nur weiter geschwächt werden.

Das Recht auf Bildung muss für alle Menschen gelten und darf weder politischen noch wirtschaftlichen Erwägungen unterliegen."

Bild:Archiv Protest gegen Studiengebühren